
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49313

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

GERD KRUMEICH

ZWISCHEN »REPUBLIKANISCHEM«
UND »PROLETARISCHEM« BLOCK:
DIE FRANZÖSISCHEN SOZIALISTEN
VOR DEM 1. WELTKRIEG

In der Geschichtsschreibung über die III. Republik wird nahezu einhellig die Meinung vertreten, daß sich in den Jahren 1913/14 angesichts militaristischer und innenpolitisch extrem konservativer Tendenzen ein »Block« der sozialistischen und republikanischen Linken gebildet habe, ähnlich dem »Linksblock«, der zehn Jahre zuvor nach der Dreyfus-Affäre die »radikale Republik« durchgesetzt hatte. Dieses Urteil ist insbesondere von F. Goguel vertreten worden, der diese konkrete Blockbildung als Emanation einer geradezu »metaphysischen«¹ Spannung zwischen den beiden Bewegungskräften der französischen Politik, dem *Bloc de l' Ordre établi* und dem *Bloc du Mouvement* ansieht.² Wie Goguels Überleitung der vorgeblich »blockierten« Gesellschaft in die *Union Sacrée* des August 1914 zeigt, läßt sich diese Spannung im konkreten Fall offensichtlich mit einer harmonisierenden Sicht des Geschehens vereinbaren: »... au-delà de leurs méfiances ou de leurs haines, les Français redécouvrirent soudain ce qui les unissait...«.³

Ist die französische Gesellschaft der unmittelbaren Vorkriegszeit also doch nicht so stark »blockiert« gewesen, wie gemeinhin behauptet wird? Indes fällt es nicht leicht, diesen Gegenstandspunkt einzunehmen.⁴ Denn die innenpolitische Spannung, symbolisiert durch Rüstungskampagne, na-

¹ So wörtlich in F. GOGUEL/A. GROSSER, *La Politique en France*, Paris 1975 (5. Aufl.), S. 23; zur Kritik der Theorie Goguels vgl. bes. H. W. EHRMANN, *Das politische System Frankreichs*, München 1977 (2. Aufl.), S. 142–144; vgl. auch die sehr anregenden kritischen Bemerkungen bei Th. ZELDIN, *France*, Bd. 1, Oxford 1973, S. 382–387.

² Vgl. hierzu aus literaturwissenschaftl. Sicht J. WILHELM, *Das Problem der »Deux France«*, in: ders., *Beiträge zur romanischen Literaturwissenschaft*, Tübingen 1956, S. 15–35.

³ F. GOGUEL, *La politique des partis sous la III. République*, Paris 1973 (4. Aufl.), S. 156.

⁴ Ansätze hierzu bei: S. HOFFMANN, *La Nation: Pour quoi faire?* in: ders., *Sur la France*, Paris 1976, bes. S. 171–182; J. J. BECKER, *1914: Comment les Français sont entrés dans la guerre*, Paris 1977, bes. S. 119; auch Th. Zeldins Darstellung ist eher konsensorientiert: »There is much to be said for writing the history of Frenchmen not in terms of what divides them but of what unites them« (ders., *France*, Bd. 1, S. 385).

tionalistische und chauvinistische Agitation – mündend in der Ermordung des Führers der Sozialistischen Partei, Jean Jaurès, am 31. Juli 1914⁶ – war so gewaltig, daß sich konsenstheoretische Überlegungen zu erübrigen scheinen. Im Gegenteil: Goguels »metaphysische« Block-Theorie ist von Arno Mayer weitergeführt worden, der in mehreren Beiträgen die These vertreten hat, daß es in Frankreich vor dem 1. Weltkrieg aufgrund sozialer Antagonismen zu einer extremen innenpolitischen »Polarisierung« gekommen sei; der *Parti de l'Ordre* und der *Parti du Mouvement* hätten sich dermaßen unversöhnlich gegenübergestanden, und die »Bewegungskräfte« seien so bedrohlich im Vormarsch gewesen, daß die konservativen regierenden Eliten auf den Krieg gesetzt hätten in der Hoffnung, durch einen erfolgreichen Krieg den gesellschaftlichen status quo bewahren zu können.⁶

Welche Kräfte aber könnten den »revolutionären Pol« in der Mayer-schen Diktion, bzw. das »Mouvement« konkret ausmachen? Wo wäre im politischen Spektrum die Grenze zum »Rechtsblock« zu ziehen? Das Problem des »Rechtsblocks« kann hier nur als solches erwähnt werden, da es zwar eine Fülle von globalen Thesen bezüglich der Kooperation von konservativen Republikanern und traditionalistischen bzw. antirepublikanischen Gruppen gibt, kaum jedoch konkrete Forschungsergebnisse.⁷

⁶ Eine Dokumentation der gegen die Person Jean Jaurès' gerichteten Kampagne in: *Le Procès de l'assassin de Jaurès*, Paris 1919; vgl. auch die eindringliche Darstellung von H. GUILLEMIN, *Péguy et Jaurès*, in: *Les Temps Modernes* 18 (1962), S. 78–108; J. RABAUT, *Jaurès et son assassin*, Paris 1967.

⁶ A. J. MAYER, *Causes and Purposes of War in Europe, 1870–1956: A Research Assignment*, in: *Journal of Modern History* 41 (1969) S. 291–303; ders., *Domestic Causes of the First World War*, in: *The Responsibility of Power*, hrsg. von L. KRIEGER und F. STERN, New York 1967, S. 286–300. Mayers Thesen laufen auf eine sehr viel striktere Applizierung der Kehrschen These vom »Primat der Innenpolitik« hinaus, als sie in Kehrs Nachfolge in Deutschland insbes. von H.-U. Wehler verwandt worden ist. Vgl. u. a. die auf die Motive der deutschen Reichsleitung bezügl. Passagen in WEHLER, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1973, S. 193–200. Eine explizite Kritik des Mayer'schen Ansatzes bei P. LOEWENBERG, *Arno Mayer's »Internal Causes and Purposes of War in Europe, 1870–1956« – an Inadequate Model of Human Behavior, National Conflict and Historical Change*, in: *Journal of Modern History* 42 (1970), S. 628–636. Bislang haben nur zwei Schüler Arno Mayers versucht, die Fruchtbarkeit seines »research assignment« zu demonstrieren: G. W. CHAPMAN, *Decision for War. The Domestic Political Context of French Diplomacy, 1911–1914*, Diss. Princeton 1971 (MS.); D. E. SUMLER, *Domestic Influences on the Nationalist Revival in France, 1909–1914*, in: *French Historical Studies* 6 (1970), S. 517–537; vgl. auch ders.: *Sub-cultural Persistence and Political Cleavage in the Third French Republic*, in: *Comparative Studies in Society and History* 19 (1977), S. 431–453.

⁷ Einer Reihe von Monographien über die traditionalistische und antirepublikanische Rechte (z. B. E. WEBER, *Action Française* (1964), E. TANNENBAUM, *Action Française* (1962), SOUCY, *Fascism in France* (1972), STERNHELL, *La Droite Révolutionnaire* (1978), RÉMOND, *La Droite en France* (1968⁸)) stehen praktisch keine Arbeiten über die repu-

Was den »revolutionären Pol« angeht, so müßte dieser in vorliegendem Fall insbesondere die Kräfte des *Parti Socialiste* (SFIO), der revolutionär-syndikalistischen *Confédération Générale du Travail* (CGT) sowie eventuell eines kleinen Teils der bürgerlichen *radicaux-socialistes* umfassen. So weit ersichtlich ist bislang das Verhalten der Sozialisten und Syndikalistinnen in den letzten zwei Jahren vor Ausbruch des 1. Weltkrieges nur von wenigen Autoren theoretisch im Hinblick auf eine dem Mayer-schen Verlaufsmodell entsprechende Weise verarbeitet worden. Zu nennen sind hier insbesondere zwei Arbeiten sowjetischer Historiker, die sich bemüht haben, das von Lenin anhand der innenpolitischen Ereignisse in Frankreich im Jahre 1913 angedeutete Konzept des »proletarischen Blocks« auszuarbeiten.⁸ In diesen Arbeiten wird die These vertreten, daß als Ergebnis der konkreten Kooperation von SFIO und CGT bei der Organisation des Massenprotestes gegen die Rüstungsprojekte des Jahres 1913 – die Einführung der 3-jährigen Dienstpflicht – eine Verfestigung der Verbindung zwischen Sozialistischer Partei und revolutionärer Gewerkschaftszentrale zustande gekommen sei. Durch das konkrete Zusammenwirken der sozialistischen und syndikalistischen Basisorganisationen in den verschiedenen Départements sei insgesamt die bis dahin bestehende Kluft zwischen Syndikalistinnen und Sozialisten überwunden worden. Die sich in der Auseinandersetzung um die Rüstungspolitik erweisende »Klasseneinheit« aller bürgerlichen Parteien habe den Sozialisten gezeigt, daß ihre in der Vorzeit so häufig befolgte Block-Politik mit linksbürgerlichen Parteien gegen die innenpolitische »Reaktion« illusionär gewesen sei. Aus dem antimilitaristischen Kampf habe sich die Konstellation »bürgerlicher« versus »proletarischer« Block ergeben, die für den revolutionären Kampf des Proletariats bis heute ihre Bedeutung behalten habe.⁹ Chapman, der seine Untersuchung besonders auf die Akten der politischen Polizei stützt, gelangt seinerseits ebenfalls zu der Schlußfol-

blikanischen Mitte- und Rechtsparteien gegenüber. Über die Kooperation von republikanischer und traditionalistischer Rechten nach 1911 vgl. E. WEBER, *The Nationalist Revival in France, 1905–1914*, Berkeley 1959; interessante Einsichten über Möglichkeiten und Grenzen solcher Kooperation bei B. MARTIN, *Albert de Mun* (1978). Übermäßig polemisch und kaum belegt: H. GUILLEMIN, *Nationalistes et Nationaux*, Paris 1974.

⁸ Vgl. LENIN, *Werke* Bd. 36, Berlin 1967, S. 229–231; Ia EMNITZ, *La lutte du parti socialiste français contre la menace de guerre (1907–1917)* (in russ. Sprache), in: *Francuzskij Ežegodnik* (= *Annuaire d'Etudes Françaises*), Moskau 1970, S. 123–157; B. L. VULF'SON, *Le mouvement antimilitariste en France à la veille de la première guerre mondiale* (in russ. Sprache), in: *Novaja i novejšaja istorija*, 1964, S. 106–115. Für die Übersetzung dieser Aufsätze danke ich Herrn Prof. H. Lemberg, Düsseldorf.

⁹ Der Begriff »proletarischer Block« taucht so weit ersichtlich bei Lenin allein im Zusammenhang der französischen Verhältnisse auf und dürfte auf einer Übernahme der Terminologie der französischen »Marxisten« beruhen.

gerung, daß der Kampf gegen die *Loi de Trois Ans* zu einer Versöhnung von Sozialisten und Syndikalisten geführt habe. Für die französische Regierung habe dieser »Block« noch in der Julikrise von 1914 einen großen Unsicherheitsfaktor dargestellt.¹⁰

All diese Untersuchungen beinhalten einige so schwerwiegende Tatsachenbehauptungen und Folgerungen – auch über den Bereich der französischen Innenpolitik hinausweisend – daß es eigentlich erstaunlich ist, daß sie bislang kaum kritisch rezipiert worden sind.¹¹ Insbesondere die sowohl den Mayerschen als auch den »leninistischen« Arbeiten explizit zugrunde liegende Behauptung, daß in Frankreich am Vorabend des 1. Weltkrieges eine revolutionäre Situation bestanden habe, deren sich der »Bürgerblock« nur durch eine Flucht in den Krieg habe erwehren können, hat im Grunde ohne weiteres die Brisanz der bekannten Thesen Fritz Fischers bezüglich der deutschen Politik in der Vorgeschichte des 1. Weltkrieges.

Es gibt also genügend Gründe, die Stichhaltigkeit der verschiedenen »Blockierungs«-Theorien anhand des konkreten Verlaufs der Anti-Aufrüstungs-Kampagne der SFIO zu überprüfen. Dabei soll die innere Entwicklung dieser Partei in und aufgrund dieser Kampagne im Mittelpunkt des Interesses stehen, bzw. die Kollision der verschiedenen »Block«-Konzepte, nämlich »republikanischer« versus »proletarischer« Block, innerhalb dieser Partei selber. Ein solcher Ansatz scheint insofern besondere Erkenntnismöglichkeiten im Hinblick auf eine Beurteilung des Charakters der französischen Innenpolitik vor dem 1. Weltkrieg zu bieten, als diese beiden Konzepte in der Sozialistischen Partei tatsächlich antagonistisch vertreten wurden. Die Antwort auf die Frage, ob der »republikanische« oder der »proletarische« Block-Gedanke obsiegte, oder aber ob es eventuell zu überhaupt keiner festen Verbindung auf Seiten der Linken kam, impliziert selbstverständlich auch ein Urteil über die Qualität des »linken Pols« und damit über das angeblich »polarisierte« Gesamtsystem überhaupt.

Im Grunde ist allein schon die den »Block«-Theorien inhärente Affirmation, daß die marxistische Richtung der französischen Sozialisten, die sog. »Guesdisten«, in den unmittelbaren Vorkriegsjahren ihre traditionelle Ablehnung des reformistischen Kurses sowie ihre strikte Absage an die Bestrebungen der revolutionären Syndikalisten aufgegeben

¹⁰ CHAPMAN, *Decision for War*, S. 249–251; vgl. hingegen M. REBÉRIOUX, *Jaurès et l'unité ouvrière*, in: *Pensée* n. s. 120 (1965), S. 57–76, hier: S. 75: der Arbeiterbewegung sei es aufgrund nationaler Traditionen u. a. nicht gelungen, den zur Verhinderung eines Krieges notwendigen »bloc à part« gegen die Bourgeoisie zu errichten.

¹¹ Vgl. etwa die neueste Gesamtdarstellung über diese Epoche: M. REBÉRIOUX, *La République radicale? 1898–1914*, Paris 1975 (*Nouvelle histoire de la France contemporaine*, Bd. 11) sowie die Spezialstudie von J. J. BECKER (wie oben Anm. 4).

hätten, überaus erstaunlich und bislang kaum untersucht.¹² Denn eigentlich liegt ein Graben zwischen dem konkreten Verhalten der Guesdisten noch in den Jahren 1911 und 1912¹³ und dem vorgeblichen Konsens aller Sozialisten und Syndikalisten in den Jahren 1913/14.

In Wirklichkeit kann indes von einer solchen Harmonisierung keine Rede sein: Die Kampagne für bzw. gegen die Aufrüstung in den Jahren 1913/14 – und nichts hat seit der Dreyfus-Krise der 90er Jahre die französische Gesellschaft und Innenpolitik so bewegt wie die Auseinandersetzung um die Einführung der 3-jährigen Dienstpflicht in den beiden letzten Vorkriegsjahren¹⁴ – führte dazu, daß der ohnehin vorhandene Dissens zwischen Jauressisten und Guesdisten vertieft und die Grenzen der außerordentlichen »synthetischen« Fähigkeiten Jaurès' aufgezeigt wurden: In der Tat – so die These – führte die durch die Rüstungskampagne erhöhte Spannung innerhalb der SFIO – sowie im Verhältnis zur CGT – dazu, daß es im Jahre 1914 weder zu einem »republikanischen« noch zu einem »proletarischen« Block gekommen ist, der den Lauf der französischen Politik und somit auch den der internationalen hätte entscheidend beeinflussen können.

Als die Regierung Briand durch ihren Kriegsminister Etienne am 6. März 1913 das Projekt zur Einführung der 3-jährigen Dienstpflicht im Parlament einbrachte, stieß sie auf den vehementen Protest der gesamten sozialistischen Fraktion:

Vaillant: Nous protestons contre un acte criminel . . .

Jaurès: C'est de la folie!

¹² Claude WILLARDS magistrales Werk »Les Guesdistes« (Paris 1965) bezieht sich nur auf den Zeitraum bis 1905; für die spätere Periode interessant: M. REBÉRIOUX, Guesdisme et culture politique, in: Mélanges d'histoire sociale offerts à Jean Maitron, Paris 1976, S. 211–227; R. P. BAKER, Socialism in the Nord, 1880–1914, in: IRSH 12 (1967), S. 357–389; L. DERFLER, Reformism and Jules Guesde, ebd. S. 66–80; eine eindringl. Auseinandersetzung mit Guesde seitens eines ehemaligen dezidierten Anhängers: M. CACHIN, Le Centenaire de Guesde, in: La Pensée, Revue du rationalisme moderne, 5 (11. 11. 1945), S. 19–28; zur guesdistischen Ideologie vgl. noch allgem.: S. BERNSTEIN, Jules Guesde, Pioneer of Marxism in France, in: Science and Society 4 (1940), S. 29–56.

¹³ Zu erwähnen wäre hier insbes. die – sogar vor dem Parlament ausgetragene – Auseinandersetzung über die Rolle der CGT (1911/1912) sowie die Ablehnung des Anti-kriegs-Kampfes und der Jaurès'schen Armee-Konzeption: vgl. J. RABAUT, Jean Jaurès, Paris 1971, S. 482 u. 495–498; WILLARD, S. 588; vielfach in sich widersprüchlich, aber mit vielen interessanten Einzelheiten: J. J. FIECHTER, Le Socialisme Français: de l'Affaire Dreyfus à la Grande Guerre, Genf 1965, bes. S. 174–177 u. 191 f.; M. REBÉRIOUX, Jaurès et l'unité ouvrière, S. 67–72; vgl. noch G. LEFRANC, Le Mouvement Socialiste sous la III^e République, Paris 1963, S. 177 f. über die Nationalisierungs-Debatte 1911 und S. 184 f. über den Anti-Kriegs-Kampf.

¹⁴ Vgl. hierzu insges. die Arbeit des Verf.: G. KRUMEICH, Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem 1. Weltkrieg, Wiesbaden 1980 (Schriften des Instituts für Europäische Geschichte); G. MICHON, La Préparation à la Guerre: La Loi de Trois Ans, Paris 1935; WEBER, Nationalist Revival, bes. Kap. XI.

Colly: A bas la réaction!

Vaillant: C'est un coup mortel porté à la République!

Jaurès: C'est un crime contre la République et contre la France!

Colly: A bas la réaction! A bas les provocateurs!

Jaurès: A bas l'Empire!

*Emile-Dumas: A bas l'Empire! A bas la guerre!*¹⁵

Für Jaurès und seine Anhänger in Fraktion und Partei bestand gar kein Zweifel an der Notwendigkeit, gemeinsam mit allen »gutwilligen« Republikanern den Kampf gegen die *Loi de Trois Ans* zu führen;¹⁶ und auch die ersten Reaktionen von guesdistischer Seite schienen in diese Richtung zu weisen. So veröffentlichte die Parteizeitung der SFIO, die »Humanité«, am 8. März 1913 einen Brief Jules Guesdes an Jean Jaurès:

Mon cher Jaurès,

Il paraît – si j'en crois LE TEMPS de ce soir – qu'en réponse à la protestation indignée des élus socialistes contre le service de trois ans, le Président de la Chambre nous aurait dédaigneusement renvoyé au verdict de la France.

Pour ma part, je fais mieux qu'accepter ce verdict: je le réclame. Et je mets au défi nos gouvernants – même appuyés par une presse à tout faire – de consulter, sur cette aggravation des travaux forcés militaires, la nation par voie de referendum. Je vous adresse ma plus cordiale poignée de main Jules Guesde

Die *cordiale poignée de main* darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß Guesdes Aufforderung in eine ganz andere Richtung zielte, als die Jauressisten sie einzuschlagen gedachten. Seiner Anspielung auf die von der Regierung angeblich geplante Verlängerung der *travaux forcés militaires* fehlte jegliche internationalistisch-pazifistische Intention, wohl getreu dem guesdistischen Axiom, daß es keine eigentliche und selbständige Antikriegsbewegung geben könne, sondern daß die Kriegsgefahr nur durch die Überwindung ihrer eigentlichen Ursache, nämlich das kapitalistische System, ausgeräumt werden könne.¹⁷ Guesdes Brief an Jaurès kann also als ein erstes Indiz dafür gelten, daß zumindest Guesde selber in der Wehrfrage einen »ouvrieristischen« Kurs einschlagen wollte, d. h. das Thema der Dienstzeitverlängerung wegen der zu erwartenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit einer Vergrößerung der militärischen Lasten zur »sozialistischen Propaganda« – und nur hierzu! – zu nutzen. Auch andere Indizien erlauben den Schluß, daß bereits zu diesem Zeitpunkt – Anfang März 1913 – eine erhebliche Meinungsverschiedenheit innerhalb der SFIO über die Taktik und Stoßrichtung des antimilitaristischen

¹⁵ Auszugsweise zit. nach Journal Officiel de la Chambre des Députés (JOC), Débats Parlementaires, 1913, S. 815 (6. 3. 13).

¹⁶ Vgl. z. B. Jaurès' Leitartikel in Humanité, 7. 3., 10. 3., 11. 3. 1913.

¹⁷ Vgl. bes. M. M. DRACHKOVITCH, Les Socialismes Français et Allemand et le Problème de la Guerre, 1870–1914, Genf 1953, S. 64–67, 93–95.

Kampfes bestand. Bereits am 6. März – an diesem Tag wurde die Regierungsvorlage im Parlament verlesen – äußerte einer der engeren Vertrauten Guesdes, Charles Brunellière, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Föderation Seine-Inférieure, die Erwartung, daß die Jauressisten und die »Humanité« offensichtlich die Absicht hätten, in der anstehenden innenpolitischen Auseinandersetzung die linken Republikaner, die sog. Radikalen, zu »schonen« und daß dergestalt der Sozialismus »zum Verschwinden gebracht« werde.¹⁸ In der Tat hatten Jaurès und seine Anhänger seit Beginn der Rüstungskampagne den seit mehr als einem Jahr strikt verfolgten Kurs, innenpolitisch nicht mehr mit den linken Republikanern zu kooperieren, aufgegeben. Zwar gab es auch jetzt kein offizielles Bündnisangebot an die Radikalen, aber wenig verschleierte Aufforderungen an alle »ernsthaften Republikaner«, gemeinsam mit den Sozialisten die Republik vor »militaristischer Reaktion« zu schützen.¹⁹ Auf diesem Hintergrund gesehen war Guesdes Brief alles andere als ein Kooperationsangebot.

Auf ihrem Jahreskongreß in Brest (23.–25. 3. 1913) verabschiedete die SFIO eine Resolution zur Aufrüstung, in der eine erbitterte Opposition der Partei gegen die Wiedergeburt des Chauvinismus und Militarismus angekündigt wurde. In der Forschung ist bislang ausnahmslos angenommen worden, daß diese Resolution einer wirklichen Einmütigkeit der beiden Hauptrichtungen der Partei bezüglich der Stoßrichtung des antimilitaristischen Kampfes entsprang. Es ist jedoch zu beachten, daß die vom Guesdisten Compère-Morel formulierte Resolution erst nach einer höchst bezeichnenden »Präzisierung« seitens Vaillants, der sich in den Jahren seit der Einigung zu einem engen Mitarbeiter Jaurès' entwickelt hatte, vom Kongreß akzeptiert wurde. Compère-Morels Resolutionsentwurf hatte folgenden Wortlaut:²⁰

Le Congrès ... donne mandat au groupe socialiste parlementaire et à la Commission administrative permanente de mener dans le Parlement et dans le pays l'action la plus énergique et la plus résolue pour l'entente franco-allemande, l'arbitrage international, les milices nationales et contre la loi de trois ans.

Diesem Antrag hielt Vaillant entgegen, daß es *tout d'abord* und nicht, wie in C.-Morels Antrag, an letzter Stelle, darum gehen müsse, das Wehrgesetz zu verhindern. Dies sei die Pflicht der Sozialisten, da heute die SFIO allein sich erhebe *pour défendre l'homme et le citoyen en même*

¹⁸ Brief Brunellière an Guesde, 6. 3. 13, in: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam, NL Guesde, No. 439/1.

¹⁹ U. a. Humanité 20. 2., 7. 3., 10. 3.

²⁰ Vgl. Parti Socialiste (SFIO): 10^{ème} Congrès national tenu à Brest, 23–25 mars 1913, Paris 1913 (Ndr. 1967), S. 238.

*temps que le socialisme contre l'assaut de toutes les réactions.*²¹ Bemerkenswerte Zustimmung fanden Vaillants Vorbehalte seitens des Guesdisten Mistral, der seine Parteifreunde davor warnte, den Kampf gegen das Wehrgesetz unter dem partei-egoistischen Gesichtspunkt zu betrachten, daß die Verlängerung der Militärdienstzeit bei der Bevölkerung auf Unzufriedenheit stoße, die sich in sozialistische Wahlerfolge umsetzen ließe.²² Es ist also festzustellen, daß selbst auf guesdistischer Seite keine absolute Übereinstimmung über den einzuschlagenden Kurs bestand.²³ Dies kann nicht verwundern, denn die öffentliche Erregung und Diskussion über die *Loi de Trois Ans* war gerade in dieser ersten Phase der Agitation dermaßen heftig und die möglichen Argumentationsweisen waren derart vielgestaltig – von der Betonung der Notwendigkeit internationaler Verständigung bis hin zum »egoistischen« Protest gegen die Verlängerung der »servitude militaire« und schließlich zum Argument, daß es sich in Wirklichkeit um ein »antirepublikanisches« Manöver der Rechten handle – daß solche Überlappungen in der Argumentation durchaus möglich waren. Hinzu kommt, daß die Militärfrage seit jeher einer der Schnittpunkte sozialistischer und linksrepublikanischer Ideologie gewesen war – es sei nur erinnert an die Dreyfus-Affäre, den gemeinsamen Kampf um die »Republikanisierung« des Offizierskorps unter dem Ministerium Combes, das beiden Richtungen weithin gemeinsame Konzept der *nation armée*.²⁴

Nichtsdestoweniger war der latente Dissens in der Militärfrage auf dem Brester Kongreß doch so stark, daß sowohl Jauressisten als auch Guesdisten angesichts der als *motion nègre-blanc* empfundenen Resolution das Bedürfnis zu klärenden Interpretationen hatten: In einem Kommentar des CAP-Mitglieds Pierre Renaudel wurde betont, daß das »Hauptziel« des Kongresses, nämlich ein »machtvoller Protest« gegen die *Loi de Trois Ans*, erreicht worden sei; und er fügte hinzu, daß die ursprünglich vorgesehene Diskussion über die *action générale* der Partei insofern leichten Herzens habe verschoben werden können, als sich heute die *action* der Partei nicht an langfristigen Zielen sondern – Anathema für jeden Guesdisten – an den aktuellen Ereignissen orientieren müsse.²⁵ Dem-

²¹ Ebd. S. 240 f.

²² Ebd. S. 269 f.

²³ Dies kommt auch in einem Schreiben Corgerons an Guesde, 10. 4. 13 (IISG, NL Guesde, No. 440/1), zum Ausdruck.

²⁴ Vgl. bes. R. D. CHALLENGER, *The French Theory of the Nation in Arms*, New York 1955; P. M. de la GORCE, *La République et son armée*, Paris 1963; D. RALSTON, *The Army of the Republic*, Cambridge (Mass.) 1967; zu den Grenzen der Gemeinsamkeit von sozialistischem und republikanischem Militärkonzept vgl. J. JAURÈS, *L'armée nouvelle*, Paris 1915, S. 16 ff.

²⁵ *Humanité*, 25. 3.

gegenüber mahnte Compère-Morel wenige Tage später, daß die Sozialisten in der bevorstehenden öffentlichen Kampagne gegen die Regierungsvorlage nicht allein das Dienstpflichtgesetz thematisieren dürften, sondern anlässlich der Wehrdebatte allgemein relevante Themen, wie etwa die sozialistische Forderung nach Einführung eines Milizsystems und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit, zur Sprache bringen sollten. Wenn dies mit der notwendigen Entschlossenheit geschehe, dann könnte die gegenwärtige Situation gute Konsequenzen für die Zukunft haben:

... cette campagne sera des plus profitables au socialisme, car l'attention de la masse sur la prolongation du service militaire est telle que nos réunions, souvent désertées, seront débordés d'un public sérieux sur lequel nos exposés antimilitaristes et socialistes porteront, provoquant la réflexion d'abord, l'adhésion sincère ensuite.²⁶

Indes hatte die mehrheitlich jaressistische Parteiführung nicht die Absicht, den Kampf gegen die Loi de Trois Ans diesem Prinzip der »sozialistischen Propaganda« unterzuordnen; wenn in einem ersten Zirkular des *Conseil National* an die Föderationen mit Hinweis auf die Beschlüsse von Brest noch darauf hingewiesen wurde, daß die Agitation – vor allem Protestversammlungen, Broschüren, Plakate – auch das Ziel einer Sympathiewerbung für den Sozialismus haben sollte, so war in späteren Zirkularen hiervon keine Rede mehr.²⁷ Der Grund hierfür dürfte darin zu sehen sein, daß der Parteivorstand – nachdem sich die Versammlungs-Agitation als nicht sehr erfolgreich herausgestellt hatte – zu einem neuen Mittel des Kampfes gegen die Militärprojekte griff, nämlich die Sammlung von Petitionen.

Diese sehr öffentlichkeitswirksame Petitionsaktivität hatte kaum etwas zu tun mit »sozialistischer Propaganda«, wie die Guesdisten sie verstanden: Die Petitionen sollten lediglich dazu dienen, den Massenprotest zu artikulieren, um diejenigen Abgeordneten der bürgerlichen Linken, die zwischen Zustimmung und Ablehnung schwankten, mit dem »Willen des Volkes« zu konfrontieren und auf diese Weise »nachdenklich« zu machen.²⁸ Prominente Guesdisten sahen diese Taktik mit großem Zorn: So

²⁶ Ebd. 29. 3.

²⁷ Vgl. die Abschriften versch. Zirkulare in: Archives Nationales (A. N.) F 7/13.337, Doss. »Perquisitions. Doss. spécial de M. le Ministre«; in einem Zirkular vom 9. 5. 13 (vgl. ebd.) wurden die Föderationen in Form eines »Postscriptums« auf die Möglichkeit hingewiesen, durch die Agitation auch neue Mitglieder zu erhalten – in der *Humanité*, 9.5. wurde dasselbe Zirkular veröff., allerdings unter Auslassung eben dieses »P. S.«!

²⁸ Vgl. A. DUNOIS, *L'action socialiste au Parlement, 1910–1914*, Paris 1914, S. 22; vgl. *Humanité*, 11. 3. 13; A. THOMAS, *Die politische Situation in Frankreich*, in: *Die Neue Zeit* 31 (1913) Bd. 2, S. 329–333; ein Ex. der Petitionsformulare in F 7/13.337 Doss. »Perquisitions, Doss. spécial de M. le Ministre«: Dieses Formular enthält keiner-

äußerte sich Raymond Lavigne, bekannt als der Protagonist des Mai-feiertages,²⁹ am 30. Mai in einem Brief an Guesde u. a. dahingehend, daß die bislang abgehaltenen hunderte von Protestversammlungen gegen die *Loi de Trois Ans* »zum Erbrechen« seien, da sie nicht wirklich zur »sozialistischen Propaganda«, genutzt würden. Jaurès und seine Anhänger gingen wie üblich den leichtesten Weg und begnügten sich mit der Aussicht, daß sie, indem sie die »reaktionären« Politiker wie den Regierungschef Barthou und den Kriegsminister Etienne unter dem frenetischen Applaus der »Masse« (sic!) »verprügelten«, bei den nächsten Wahlen Erfolg haben würden. Auf diese Weise werde jedoch das wichtigste Ziel des Sozialismus, die Bevölkerung für die kollektivistischen Ideale einzunehmen, verfehlt.³⁰ Ähnlich äußerte sich Charles Bonnier in einem Schreiben an Guesde, in welchem er die Jauressisten verachtungsvoll als »die anderen« bezeichnete und der ebenso pessimistischen wie realistischen Erwartung Ausdruck gab, daß diese Gruppe die Intention habe, den auf dem Brester Kongreß gefaßten Beschluß, auf einem außerordentlichen Kongreß im November 1913 über die *action générale* der Partei zu befinden, auszuweichen und diesen Kongreß nun doch nicht stattfinden zu lassen: *Ils (Jaurès und seine Freunde, G. K.) ont horreur des questions sociales et préfèrent la politique courante et blocarde.*³¹

Diese Abwehrhaltung war bis in den Sommer 1913 gepaart mit einer äußerst pessimistischen Einschätzung der Durchschlagskraft der eigenen Argumente gegenüber dem jegliche »authentische« sozialistische Aktivität bannenden politischen Kampf gegen die *Loi de Trois Ans*. In seinem o. e. Brief an Guesde gab Lavigne sogar der Befürchtung Ausdruck, daß – wenn Guesde und seine Freunde offen gegen den augenblicklich verfolgten politischen Kurs aufstehen würden – Jaurès die Gelegenheit benutzen würde, Guesde aus der Partei zu vertreiben (sic!).³²

Ungefähr zur gleichen Zeit schienen sich jedoch aufgrund der Entwicklung der innenpolitischen Szenerie Möglichkeiten aufzutun, das Steuer herumzureißen. Nachdem nämlich Anfang Mai die Regierung ihre Absicht erklärt hatte, die 3-jährige Dienstpflicht auch retroaktiv in Kraft treten zu lassen (d. h. bereits den Rekruten-Jahrgang, der im Herbst 1913 entlassen werden sollte, für ein weiteres Jahr unter den Fahnen zu halten),

lei Hinweis auf die SFIO. Es enthält lediglich Spalten zur Eintragung von Namen und Adressen sowie die Überschrift »Pétition contre le Service de Trois Ans. Contre le Maintien des soldats de deux ans sous les drapeaux«.

²⁹ Zu Lavigne vgl. die Kurzbiographie bei WILLARD, *Les Guesdistes*, S. 630.

³⁰ IISG, NL Guesde 441/2; zu dem ursprüngl. geplanten Kongreß vgl. auch A. N. F 7/13.072, Doss. »Congrès extraord. Paris, Nov. 1913«, Bericht vom 23. 9. 13.

³¹ IISG, NL Guesde, 443/1 (8. 7. 13).

³² Wie Anm. 30.

protestierten ab dem 20. Mai in mehreren Kasernen Soldaten. Für diese als *mutineries* (Meutereien) bezeichneten Ausschreitungen wurde von seiten der Regierung und der bürgerlichen Presse aller Richtungen die CGT verantwortlich gemacht. Es ist hier auf Einzelheiten dieser Ereignisse und auf Verantwortlichkeiten nicht weiter einzugehen. Festzuhalten ist jedoch die Tatsache, daß es in der Folge der Soldatenunruhen und der anschließenden gouvernementalen Repression³³ zu einer gewissen Annäherung zwischen der CGT und der SFIO kam. Die CGT hatte bislang ihren Kampf gegen das Wehrgesetz unter Bewahrung ihrer traditionellen Autonomie gegenüber der Sozialistischen Partei und z. T. mit der Absicht geführt, mittels dieser Straßen- und Versammlungsagitation den *syndicalisme intense* der Vergangenheit wieder zu beleben, dessen Scheitern spätestens beim Antikriegs-Generalstreik vom 16. Dezember 1912 offenkundig geworden war.³⁴ Zwar hatte eine von der *Union des Syndicats de la Seine* am 17. März 1913 organisierte Pariser Massenkundgebung die Unterstützung auch der SFIO gefunden; ansonsten war es jedoch in der ersten Phase der Kampagne nicht zu offener Kooperation von sozialistischen und syndikalistischen Gremien gekommen. Nunmehr aber – angesichts des Sturms der öffentlichen Meinung gegen die vorgeblich für die *mutineries* verantwortliche CGT – kam es zu einer Annäherung, die auf den ersten Blick als zukunftsweisend erscheinen konnte: Die CGT verzichtete auf die Durchführung einer seit längerem geplanten Reihe von Massenveranstaltungen am 1. Juni in mehreren großen Städten Frankreichs und rief ihre Anhänger auf, sich statt dessen einer von der Seine-Föderation der SFIO ad hoc organisierten Kundgebung auf dem traditionellen Versammlungsplatz in Paris, dem Pré St. Gervais, anzuschließen.³⁵ Jaurès gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß durch diese erste

³³ So wurden in der Nacht zum 26. 5. überall in Frankreich in Gewerkschaftsbüros, Arbeiterbörsen und sozialistischen Parteisekretariaten Haussuchungen durchgeführt. Am 1. und 2. Juli wurden mehrere führende Syndikalisten verhaftet.

³⁴ So Jouhaux und Yvetot auf einer Sitzung des »Comité Confédéral« der CGT, Polizeibericht vom 26. 2. 13, in: A. N., F 7/13.337, Doss. »Agitation contre la loi de trois ans (Dép. Seine)«; vgl. auch *La Bataille Syndicaliste*, 3. 3., 13. 3., 16. 3., 17. 3.; vgl. auch E. DOLLÉANS, *Histoire du mouvement ouvrier*, Bd. 2, Paris 1957 (5. Aufl.), S. 208 f. Dolléans' vollständig zutreffende Hinweise auf die Eigenart des CGT-Kampfes sind in der späteren Lit. nicht hinreichend beachtet worden. – Zum Antikriegs-Streik vgl. G. LEFRANC, *Le mouvement syndical sous la III^e République*, Paris 1967, S. 190 f. Neues Material hierzu bei CHAPMAN, *Decision for War*, S. 240–243.

³⁵ Vgl. *Humanité*, 25. 5., 26. 5. 1913; die beiden Pariser Großveranstaltungen auf dem Pré St. Gervais, 17. 3. und 25. 5. 1913 werden in der Lit. gemeinhin als Beweis für die Durchsetzung der *unité ouvrière* angesehen; vgl. bes. M. REBÉRIOUX, *Die sozialistischen Parteien Europas: Frankreich* (= *Geschichte des Sozialismus*, hg. v. J. DROZ, Frankfurt 1975), S. 157: im Jahre 1913 habe es »machtvolle Einigungsversammlungen« von CGT und SFIO gegeben; ähnlich: J. JULLIARD, *La CGT devant la guerre*, in: *Le Mouvement*

gemeinsame Demonstration das »Proletariat« die Stoßkraft der *démocratie républicaine* gegen die innenpolitische Reaktion entscheidend verstärkt habe.³⁶ Dahingegen nahm wenige Tage später der bekannte Guesdist Marcel Cachin dieselben Ereignisse als Bestätigung der guesdistischen Grundansichten: Die Hausdurchsuchungen nach den »Meutereien« hätten dem Proletariat wieder einmal gezeigt, daß die bürgerlichen Freiheitsrechte nur für die Bourgeoisie Geltung hätten. Aus diesem Grund sei es zu der *heureuse collaboration* von Sozialisten und Syndikalisten gekommen; und Cachin wertete dieses Zusammengehen als Indiz dafür, daß die alten Vorstellungen über die Errichtung eines »republikanischen Blocks« gemeinsam mit den Radikalen begrüßenswerterweise hinfällig geworden seien. Nunmehr sei ein neuer Block errichtet worden, *un Bloc de toutes les forces prolétariennes, jusqu'ici divisées*.³⁷ Wenn man bedenkt, daß gleichzeitig, zu Beginn der Parlaments-Diskussion über das Regierungsprojekt, der Exponent des reformistischen Partei-Flügels, A. Thomas, die Rückkehr zum »republikanischen Block« der Nach-Dreyfus-Zeit forderte, wobei er von Jaurès ganz offen unterstützt wurde,³⁸ läßt sich ermessen, wie tief die ideologischen Differenzen innerhalb der Partei nach wie vor waren. Jedenfalls entsprang der Artikel des damaligen Pariser Korrespondenten der »Prawda«, W. I. Lenin, einer höchst einseitigen Sicht der Ereignisse bzw. einem deutlichen Wunschdenken: keineswegs protestierten »die französischen Sozialisten . . . entschieden gegen einen (republikanischen, G. K.) Block«; und keineswegs strebten sie allein auf »den proletarischen Block, d. h. das Bündnis der sozialistischen Arbeiter mit den syndikalistischen Arbeitern« zu.³⁹

Wenn Lenin und die ihm folgenden Autoren Beispiele für solche »Proteste« einzelner sozialistischer Föderationen und Ortsgruppen anführen,⁴⁰ so ist dies lediglich insofern zutreffend, als nach wie vor – mit Ausnahme ganz weniger sozialistischer Politiker – niemand innerhalb der SFIO die Wehrkampagne als Initial einer sozialistischen *participation ministérielle*

Social No. 49 (1964), S. 47–62, hier S. 53; A. KRIEGEL, *Aux origines du communisme français*, Bd. 1, Paris 1964, S. 45/6, spricht ausdr. von einem »accord« zwischen SFIO und CGT; B. GEORGES/D. TINTANT, *Léon Jouhaux*, Paris 1962, S. 121 weisen demgegenüber vollständig zu Recht auf den »Widerwillen« hin, mit dem sich die CGT zur Kooperation mit der SFIO bequemt habe; vgl. z. B. *La Bataille Syndicaliste*, die keine Notiz von der Teilnahme der SFIO an der Veranstaltung vom 17. 3. nimmt.

³⁶ *Humanité*, 26. 5.

³⁷ Ebd. 3. 6.

³⁸ Vgl. JOC 1913, S. 1935–1944 (16. 6.); vgl. A. THOMAS, *Die politische Situation in Frankreich*, a.a.O.; ders., *Die Krise in der inneren Politik Frankreichs*, in: *Sozialistische Monatshefte* 1913, S. 960–965; vgl. Jaurès in *Humanité* 2. 6. und 3. 6. 1913.

³⁹ Zit. nach LENIN, *Werke* Bd. 36, Berlin 1967, S. 229 f. (Hervorhebung i. O.).

⁴⁰ Vgl. ebd. und VULF'SON S. 110, EMNITZ, S. 150.

sehen wollte. Symptomatisch für den zu dieser Zeit überwiegenden Trend scheint jedoch die Haltung der mitgliederstarken Rhône-Föderation der SFIO zu sein; diese Föderation weigerte sich, gemeinsam mit der CGT eine Massenveranstaltung als Protest gegen die Repressionstaktik der Regierung durchzuführen. Im Gegenteil: eine von den örtlichen Syndikaten und Arbeiterbörsen organisierte Protestversammlung fand kaum öffentlichen Zuspruch, weil die SFIO-Föderation gleichzeitig eine eigene Massenveranstaltung abhielt, auf der die sozialistischen Redner ganz offen für eine Kooperation mit den linken Republikanern eintraten.⁴¹

Im Herbst 1913, nach der Verabschiedung des Wehrgesetzes gegen eine relativ kompakte Minderheit von Sozialisten und Radikalen, mehrten sich in den Führungsgremien der Sozialistischen Partei die Stimmen, die auf eine – informelle – Block-Politik, z. T. jedoch gedacht als Vorstufe zur Regierungsbeteiligung der Sozialisten, hinauswollten. Ein solche Taktik, wie sie von Reformisten wie Albert Thomas vertreten wurde, war indes ein reines Wunschdenken, da man sich ebenfalls der Tatsache bewußt war, daß die meisten Föderationen kaum bereit sein würden, die Beschlüsse der früheren Kongresse vollständig zu desavouieren. Deshalb – so die Meinung mehrerer Beobachter der politischen Polizei – würden Jaurès und seine Anhänger den Kurs einer *alliance momentanée en vue des élections* (1914, G. K.) steuern.⁴²

Daß diese Berichte im großen und ganzen den Meinungsbildungsprozeß innerhalb der SFIO korrekt wiedergaben, wird durch das Verhalten Guesdes und seiner Getreuen eindringlich bestätigt. Noch Anfang September glaubte Lavigne konstatieren zu müssen, daß die authentischen Sozialisten nur noch resigniert dem *plus persistant défilé des lâcheurs* zusehen könnten.⁴³ Guesde indes hatte zu diesem Zeitpunkt bereits die Initiative ergriffen, um diesen Trend aufzuhalten: als ersten Schritt plante er, die im Jahre 1913 eingestellte Zeitschrift »Le Socialisme«, das bislang einzige zentrale Organ guesdistischer Observanz,⁴⁴ wieder erscheinen zu lassen.⁴⁵ Mehr noch: aus einem Brief Bonniers vom 9. 10. 13 geht hervor, daß innerhalb dieses Kreises die Neugründung einer Partei ernsthaft geplant wurde:

⁴¹ Vgl. A. N. F 7/13.342, Doss. Rhône, Bericht 2. 6. 13.

⁴² Vgl. A. N. F 7/13.074, Bericht M.273.U. (27. 9. 13); M.303.U. (30. 9.); M.318.U. (3. 10.); zit. aus M.303.U.

⁴³ IISG, NL Guesde, 445/1, Lavigne an Guesde, 1. 9. 13.

⁴⁴ Vgl. hierzu, bes. M. REBÉRIOUX, *Guesdisme et culture politique*, S. 219.

⁴⁵ Die Tatsache, daß Guesde selber die neue Zeitschrift initiierte, geht eindeutig hervor aus Briefen Lavignes an Guesde, 1. 9. 13 und Bonniers an Guesde, 12. 11. 13, vgl. IISG, NL Guesde, 445/1 und 447/2.

... Delory⁴⁶ à qui je causais de la formation de ce nouveau groupe du Parti Ouvrier non-unifié (J. Guesde président, Fortin financier,⁴⁷ Bonnier secrétaire), me disait que nous pourrions faire là de la bonne besogne en redigeant des (. . .?) ou des projets de loi pour nos camarades. Ne serait-ce pas reprendre l'ancienne tactique positive du parti, abandonnée depuis l'unification, qui consistait à attaquer et non à se défendre . . .⁴⁸

En ce temps de bloc menaçant, müsse man, so weiter Bonnier, »so unangenehm wie möglich« sein; man müsse die Radikalen, die *amis douteux*, mit Initiativen, Gesetzesprojekten u. a. überschütten, die selbst die überzeugtesten Anhänger des Block-Gedankens wie Combes⁴⁹ nicht annehmen könnten.⁵⁰

Aufgrund der allgemeinen innenpolitischen Entwicklung im Spätherbst 1913 gewann die Frage, wie sich die SFIO gegenüber den linken Republikanern verhalten sollte und, davon abhängig, ob die Einheit der SFIO effektiv in Frage gestellt werden würde, an Gewicht. Zunächst nämlich beschloß der Kongreß der Radikalen Partei in Pau (16.–19. 10. 13) auf Anregung des dort zum Parteipräsidenten gewählten J. Caillaux ein Minimalprogramm, das zwar nicht die von den Sozialisten gewünschte Absage an das »reaktionäre« Wehrgesetz enthielt, gleichwohl aber eine erneute Reform in baldiger Zukunft in Aussicht stellte. Die französische Innenpolitik polarisierte sich noch stärker, als es den sich seit dem Kongreß von Pau »Vereinigte Radikale« nennenden bürgerlichen Linken im Parlament mit Unterstützung der SFIO und einiger weniger liberaler Parlamentarier Anfang Dezember 1913 gelang, das wegen seiner »reaktionären« Militärpolitik und konservativen Finanzpolitik verhaßte Kabinett Barthou zu stürzen und gegen den Widerstand des Staatspräsidenten Poincaré durch ein homogen radikales zu ersetzen; als

⁴⁶ Delory war Sekretär der Föderation Nord, Abgeordneter von Lille, 1902–1925; vgl. weiterhin WILLARD, *Les Guesdistes*, S. 616 f.

⁴⁷ Vgl. ebd. S. 624: Fortin war eine der wichtigsten Persönlichkeiten des alten guesdistischen *Parti Ouvrier Français*, u. a. Schatzmeister dieser Partei; später zum Testamentsvollstrecker Guesdes eingesetzt.

⁴⁸ IISG, NL Guesde, 446/1; aus der Form des Schreibens geht m. E. eindeutig hervor, daß Guesde schon vorher zumindest von diesem Plan informiert war (. . . *la formation de ce nouveau groupe* . . .).

⁴⁹ Unter der Regierung Combes, 1902–1905, war die Block-Politik von Radikalen und Sozialisten exemplarisch durchgeführt worden, vgl. hierzu bes.: R. A. WINNACKER, *The Délégation des Gauches*, in: *Journal of Modern History* 9 (1937), S. 449–470; Anfang Oktober 1913 hatte Combes in einem Interview eine Neuaufgabe dieses »Blocks« mit Regierungsbeteiligung der Sozialisten gefordert (vgl. *le Radical*, 3. 10. 13).

⁵⁰ IISG, NL Guesde, 446/1; wenige Tage später ein weiterer Brief Bonniers mit der hoffnungsvollen Erwartung, daß der alte guesdistische *Parti Ouvrier Français* wieder »aus der Asche der Einheit« von 1905 erstehen könne: *Il y a encore de beaux jours pour la fanfare socialiste, n'en doutez pas!* (ebd. 446/2, 25. 10. 13).

daraufhin Briand, Barthou und andere Politiker der Mitte eine neue Partei, die *Fédération des Gauches*, als liberal-konservatives Gegengewicht gegen die »Vereinigten Radikalen« gründeten.

Die Wehrpolitik des neuen radikalen Ministerpräsidenten Doumergue, der sich in Bezug auf die »3 Jahre« überaus vorsichtig verhielt,⁵¹ dämpfte jedoch alsbald die durch den Sturz der Regierung Barthou genährten Hoffnungen der SFIO, daß die bürgerliche Linke nunmehr im Begriff sei, sich von den »reaktionären« Tendenzen der Politik der nationalen Verteidigung zu lösen. Die Regierung Doumergue hatte ersichtlichermaßen keineswegs die Absicht, die Wehrfrage zum Vehikel einer »linken« Innenpolitik und zum zentralen Thema der Parlamentswahlen von 1914 zu machen. Jaurès beklagte die »Mutlosigkeit« der Regierung, die schuld daran sei, daß die Fraktion der SFIO sich bei der Abstimmung über die Regierungserklärung »ohne Freude« der Stimme enthalten habe. Denn die SFIO hätte lieber gemeinsam mit der Regierung den »wahren Kampf um Republik, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden« aufgenommen. Doumergue aber habe wegen seiner unpräzisen Ausführungen zur *Loi de Trois Ans* den gemeinsamen Kampf aller Demokraten verhindert.⁵²

Jaurès und seine Anhänger wandten sich dennoch nicht vollständig von der neuen Regierung ab. Die Bildung der antiradikalen *Fédération des Gauches* ließ den reformistischen Sozialisten eine differenzierte Haltung als angebracht erscheinen. Marcel Sembat, eine der schillerndsten und interessantesten Gestalten des französischen Sozialismus, zu dieser Zeit Verfechter einer offiziellen »Block«-Politik, erklärte, daß der »Briandismus« die Sozialisten trotz aller konkreten Differenzen zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber der neuen Regierung zwingt.⁵³ Auch Dubreuilh, Sekretär der CAP und Chefredakteur der »Humanité«, wies auf die Formierung der konservativen Interessen hin, welche die radikale Partei und deren Regierung, die »trotz allem« links seien, dazu zwingen würde, gemeinsam mit der SFIO eine fortschrittliche Politik zu betreiben.⁵⁴ Jaurès selber erklärte sich zwar im Unterschied zu Sembat und Dubreuilh gegen eine zu starke Ausrichtung der Politik der SFIO auf die Unterstützung der Regierung Doumergue, da diese die *Loi de Trois Ans* beibehalten wolle. Gleichwohl forderte auch er, daß die notwendige Distanz zu den Radikalen nicht dazu führen dürfe, daß die SFIO »das Spiel des briandistischen Unternehmens« spiele. Zwar müsse es letztendlich das Ziel aller sozialistischen Politik sein, die Bevölkerung durch

⁵¹ Zu Doumergues außen- und innenpol. Erwägungen vgl. die in Anm. 14 gen. Arbeit des Verf.

⁵² *Humanité*, 12. 12. 13.

⁵³ Ebd. 24. 1. 14.

⁵⁴ Ebd. 15. 12. 13.

eigenständige Aktionen für den Sozialismus zu gewinnen; genau so sicher sei aber, daß gegenwärtig die wiedererstarkte »schlüpfrige, hinterhältige und brutale Reaktion« nicht ohne Hilfe der Radikalen wirksam bekämpft werden könne.⁵⁵

Im Gegensatz zu den Jauressisten nahmen die Guesdisten Doumergues Regierungserklärung zum Anlaß, ihre Ablehnung jeglicher »republikanischer Disziplin« innerparteiliche Resonanz zu verschaffen. In allen Stellungnahmen aus diesem Lager wurde die »Kapitulation« der neuen Regierung vor der *Loi de Trois Ans* als Beweis dafür ausgegeben, daß die durch Militarismus und Aufrüstung unterjochte Arbeiterklasse von einer bürgerlichen Regierung – sei sie radikal, sei sie offen reaktionär – keine Erleichterung ihres Loses zu erwarten habe. Deshalb müsse die SFIO nunmehr vollständig auf eine Kooperation mit linksbürgerlichen Elementen verzichten und ihren politischen Kampf gleichmäßig gegen alle bürgerlichen Parteien ausrichten.⁵⁶ Dieses offene Aufflammen der innerparteilichen Kontroverse zwischen Jauressisten und Guesdisten hatte zu diesem Zeitpunkt eine besondere Brisanz. Die o. e. Pläne einer Parteisplaltung hatten sich nämlich insofern konkretisiert, als Anfang Januar 1914 tatsächlich das seit dem Herbst geplante strikt »marxistisch« orientierte Sprachrohr der Guesdisten unter dem Namen »Socialisme et lutte de classe« erschien. Und Guesde ließ in seinem Editorial zur ersten Ausgabe der Zeitschrift keinen Zweifel an deren Stoßrichtung: da die SFIO sich »mehr in die Breite als in die Tiefe« entwickelt habe, bestünde ein Defizit an theoretischer Schulung, was sich erst in jüngster Zeit deutlich erwiesen habe.⁵⁷

Die Gefahr einer Spaltung der SFIO bestand im Januar 1914 ohnehin. Denn zu diesem Zeitpunkt wurde u. a. Allemane aus der Partei ausgeschlossen, da er aus Protest gegen Jaurès' »Paktieren« mit den Radikalen eine neue »Arbeiterpartei« begründet hatte, die zwar nur eine ephemere Rolle spielte, in der Öffentlichkeit aber große Beachtung fand. Diese Partei sollte den »antipolitischen« Prinzipien des alten allemanistischen *Parti socialiste ouvrier révolutionnaire* (PSOR) der 90er Jahre neue Geltung verschaffen.⁵⁸ Manche mit dem »Jauressismus« unzufrie-

⁵⁵ Ebd. 28. 12.

⁵⁶ Vgl. *Humanité*, 12. 12. (Compère-Morel); *Socialisme et lutte de classe*, No. 1. (1.–15. 1. 1914) (Bracke), und die Stellungnahmen von Bracke, Lorris und Compère-Morel, ebd., No. 2 (15.–31. 1.).

⁵⁷ REBÉRIOUX, *Guesdisme et culture politique*, S. 218 f., bezeichnet das Erscheinen von »Socialisme et lutte de classe« als eine »Tentative d'hégémonie guesdiste« – allerdings nicht im Hinblick auf die SFIO sondern bezüglich der Bedeutung dieser Zeitschrift für den internationalen Sozialismus.

⁵⁸ Näher hierzu D. LIGOU, *Histoire du Socialisme en France*, Paris 1962, S. 78 ff.

dene Guesdisten erwogen ernsthaft, sich dieser Gruppe anzuschließen.⁵⁹ Jegliche Parteispaltung aber hätte angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen verheerende Folgen für die SFIO gehabt.

Unter diesen Auspizien kam dem auf Ende Januar 1914 nach Amiens einberufenen Parteikongreß besondere Bedeutung zu. Jaurès, dessen Hauptanliegen – dies gilt es gerade angesichts der geschilderten Block-Tendenzen zu betonen – stets die Einheit der sozialistischen Partei gewesen war,⁶⁰ sah sich vor die Aufgabe gestellt, eine solche Spaltung zu verhindern und gleichwohl seinen politischen Kurs weiterzuverfolgen. Ob dies beides zugleich möglich sein würde, mußte sich in dem Wahlprogramm und in der Bestimmung der *tactique électorale*⁶¹ erweisen, über die der Kongreß von Amiens zu befinden hatte.

Bislang war für die Wahltaktik der SFIO ein Beschluß des Kongresses von Chalon aus dem Jahre 1905 maßgeblich gewesen. Auf diesem Kongreß war der Zusammenschluß der bis dahin konkurrierenden Parteien des französischen Sozialismus, nämlich des guesdistischen *Parti socialiste de France* (PSDF) und des von Jaurès geführten *Parti socialiste français* (PSF), aufgrund eines Beschlusses des Amsterdamer Kongresses der Internationale von 1905 vollzogen worden. Das Haupthindernis für den Zusammenschluß der verschiedenen Richtungen des französischen Sozialismus hatte in der Frage gelegen, ob und unter welchen Bedingungen Sozialisten bei Wahlen zugunsten von Kandidaten nicht-sozialistischer Parteien zurücktreten könnten. Guesde und seine Anhänger hatten dabei den Standpunkt vertreten, daß die SFIO als Klassenpartei im ersten Wahlgang in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen müsse, selbst wenn die Kandidaturen keinerlei Erfolgsaussichten hätten. Denn wichtiger noch als die Erringung von Mandaten sei es, den Wahlkampf zur Selbstdarstellung und zur Verbreitung der sozialistischen Idee zu nutzen. Im zweiten Wahlgang sollten nach Guesdes Vorstellungen die einzelnen Départements-Föderationen der Partei in völliger Freiheit über ein eventuelles Zurückziehen sozialistischer Kandidaturen zugunsten bürgerlicher Kandidaten entscheiden können. Dabei hatte Guesde jeglichen Gedanken an vorgängige Absprachen mit linksrepublikanischen

⁵⁹ Vgl. Lavigne an Dazet, 6. 3. 14, in: IISG, NL Guesde, 450/1. Lavigne warnte ausdrücklich vor dieser Tendenz, da ein resignativer Rückzug der Guesdisten aus der SFIO und ein Anschluß an die Gruppe Allemanes letztendlich nur der Politik des »Renegaten« Briand dienen würde, dessen Presse die allemanistische Abspaltung aus gutem Grund begrüße.

⁶⁰ Näher hierzu bes. REBÉRIOUX, Jaurès et l'unité ouvrière und dies., Die sozialistischen Parteien Europas: Frankreich, S. 113 ff.

⁶¹ Hierunter wurde bes. die Frage nach dem Kriterium für einen eventuellen Rücktritt eines im 1. Wahlgang unterlegenen Kandidaten zugunsten eines Kandidaten einer anderen Partei verstanden (*désistement*).

Gruppen abgelehnt; als reine Klassenpartei habe die SFIO kein »republikanisches Interesse«. Sie müsse jede Möglichkeit nutzen, ihren Einfluß in Parlament und Öffentlichkeit zu vergrößern; je nach den örtlichen Verhältnissen müßten deshalb auch Wahlabsprachen mit antirepublikanischen, klerikalen, monarchistischen o. ä. Kandidaten gegen linke Republikaner möglich sein. Jaurès und Vaillant hatten demgegenüber die Auffassung vertreten, daß das Vordringen der sozialistischen Idee untrennbar verknüpft sei mit dem kontinuierlichen Ausbau der republikanischen Institutionen und der Entfaltung der bürgerlichen Freiheiten. Deshalb sei sowohl bei den Wahlen als auch in der parlamentarischen Praxis eine »republikanische Disziplin« zwischen Sozialisten und linken bürgerlichen Gruppen unerläßlich. Die als *Motion de Chalon* bekannt gewordene Schlußresolution des Kongresses von 1905 hatte diese prinzipielle Differenz in der Doktrin der vereinigten Parteien des französischen Sozialismus durch einen Formelkompromiß zu überspielen versucht: im ersten Teil dieser Grundsatzklärung wurde den Guesdisten zugestanden, daß die SFIO möglichst in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen sollte. Die Entscheidung über einen eventuellen Rücktritt zugunsten eines nichtsozialistischen Kandidaten im zweiten Wahlgang lag bei den einzelnen Départements-Föderationen. Diese durch keine zentrale Autorität eingeschränkte Entscheidungsfreiheit der Föderationen wurde allerdings durch die Maßgabe relativiert, daß die *action de classe du prolétariat* auch die Aufrechterhaltung und Entwicklung der republikanischen Er rungenschaften zum Ziel habe.⁶² In dem Maße, wie der Einfluß der Jaurèsisten in den Jahren nach 1905 zunahm, hatte sich auch die Kooperation mit linksrepublikanischen Gruppen verstärkt; gleichwohl war es in vielen Départements noch bei den Wahlen von 1910 zu Absprachen zwischen Sozialisten und konservativen bzw. antirepublikanischen Gruppen um den Programmpunkt der Wahlrechtsreform gekommen. Auch die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik war im Januar 1913 nur dadurch möglich geworden, daß die Sozialisten den linksrepublikanischen Gegenkandidaten nicht unterstützten. Die alle anderen Probleme in den Hintergrund drängende Wehrfrage hatte jedoch – wie gezeigt – den Tendenzen, die auf einen zumindest informellen »Linksblock« hinstrebten, erneut Auftrieb gegeben und damit bei führenden Guesdisten die erwähnten erbitterten Reaktionen ausgelöst. Unter diesen Voraussetzungen erhielt die Frage, wie der Kongreß von Amiens, Januar 1914, die Resolution von 1905 im Hinblick auf die Wahlen von 1914 interpretieren würde, eine große Bedeutung. Es ging nicht allein darum, ob sich ein gemeinsamer Kampf der SFIO mit Radikalen gegen die *Loi de*

⁶² Vgl. LIGOU, S. 226/7.

Trois Ans werde führen lassen, sondern auch um die Bewahrung der Geschlossenheit der Sozialistischen Partei als solcher.

Zur Vorbereitung des Kongresses von Amiens hielten im Laufe des Monats Januar 1914 viele Föderationen der SFIO spezielle Kongresse ab, auf denen u. a. die Delegierten für den Parteikongreß gewählt und die dem Kongreß vorzulegenden programmatischen Forderungen beschlossen wurden.⁶³ Eine große Anzahl dieser Föderationen zog es jedoch vor, dem Kongreß von Amiens keine eigenen Beschlüsse vorzulegen, sondern beschränkte sich darauf, sich die Resolution des Kongresses des Départements Haute-Vienne, welcher bereits Ende Oktober 1913 stattgefunden hatte, zu eigen zu machen.⁶⁴

In dieser Resolution wurde die *Motion de Chalon* formell bestätigt. Es wurde festgehalten, daß die SFIO als *parti de classe* keinen formellen »Block« mit bürgerlichen Parteien eingehen dürfe; die Partei müsse den Wahlkampf in erster Linie dazu nutzen, um kollektivistische Ideale zu propagieren. Darüber hinaus müsse die Partei jedoch – gleichfalls im Sinne der *Motion de Chalon* – alle Reformen unterstützen, die dem Ausbau der Republik dienten. Das eigentlich Bedeutsame und Neue in der Resolution der Föderation Haute-Vienne war, daß diese »Umstände« hier zum ersten Mal unmißverständlich formuliert und klar in Form eines »Minimalprogramms« fixiert wurden. Dies wurde ausdrücklich damit begründet, daß es notwendig sei, die *Motion de Chalon* nunmehr auf eine für alle Sozialisten verbindliche Weise inhaltlich zu präzisieren. Diesem Minimalprogramm zufolge sollten Sozialisten in einem eventuellen zweiten Wahlgang ausschließlich zugunsten solcher nichtsozialistischer Kandidaten zurücktreten, die sowohl für die *abrogation de la Loi de Trois Ans et la préparation du régime de la nation armée* als auch für die vollständige Durchsetzung der Steuerreform einträten. Aufgrund einer Intervention des bei diesem Regionalkongreß persönlich anwesenden Parteiführers Jaurès wurde weiterhin festgelegt, daß die Wahlrechtsreform zwar auch zu den zentralen Programmpunkten sozialistischer Politik gehöre, bei den Wahlen von 1914 aber keineswegs zu einer Unter-

⁶³ Die folgende Analyse beruht auf den zusammenfassenden Berichten der *Humanité* (26. 12. 13–24. 1. 14) über die Départements-Kongresse.

⁶⁴ *Humanité*, 1. 11. 13: Bericht über den Kongreß der Föd. Haute-Vienne; folgende Föd. schlossen sich dieser Resolution vollständig an: Aveyron, Ariège, Creuse, Eure-et-Loir, Landes, Basses-Alpes, Vosges, Tarn-et-Garonne; die Föd. Haute-Vienne entwickelte sich nach strikt guesdistischen Anfängen in der unmittelbaren Vorkriegszeit zu einer echten Massenpartei: in keinem Département wurden mehr Petitionen gegen die *Loi de Trois Ans* unterzeichnet; im Jahre 1913 hatte sie 2000 Mitglieder in 84 Sektionen; die Abspaltung der »minoritaires« von der SFIO nach 1914 geschah vor allem auf Initiative dieser Föd.; näher dazu M. PRÉLOT, *Evolution politique du socialisme français*, Paris 1939, S. 212 ff. und LEFRANC, *Mouvement Socialiste*, S. 204 f.

stützung »reaktionärer« Kandidaten Anlaß geben dürfe, wie dies bei den Wahlen von 1910 oftmals der Fall gewesen war.

Dieses Minimalprogramm war dem in Pau verabschiedeten Programm der »Vereinigten Radikalen« sehr ähnlich. Gerade die Formulierungen in Bezug auf das neue Wehrgesetz ließen die Bereitschaft erkennen, mit den Radikalen zu einer Verständigung zu gelangen. Die Forderung nach einer *abrogation de la Loi de Trois Ans* war offenbar bewußt so vage gehalten, um nicht von vornherein eine Übereinkunft mit denjenigen Radikalen unmöglich zu machen, die zwar grundsätzlich eine erneute Reduzierung der Dienstpflicht befürworteten, die aber einstweilen die »3 Jahre« zur Sicherung der Landesverteidigung noch für unverzichtbar hielten.⁶⁵

Eine der wichtigsten Bestimmungen der *Motion de Chalon* von 1905 war gewesen, daß die einzelnen Föderationen vollständig frei in ihrer Entscheidung seien, welchen nicht-sozialistischen Kandidaten sie bei eventuellen Stichwahlen unterstützen wollten. Auf diese Weise war lokalen und regionalen Gesichtspunkten im Hinblick auf Wahlkampf und Wahlabsprachen großes Gewicht eingeräumt worden. Der Kongreß der Föderation Haute-Vienne – und mit ihm die genannten anderen Föderationen – verlangte nunmehr, diese Praxis zu modifizieren: Zwar sollte die Entscheidung über Kandidaturen bei den einzelnen Föderationen verbleiben, jedoch habe sich der »materielle Teil der (Wahl-)Kampagne« strikt an den im Minimalprogramm aufgestellten Forderungen zu orientieren. Kontrollinstanz für die Einhaltung dieser Regel sollte die *Commission Administrative Permanente* in Paris sein. Der Kongreß schloß sich mit dieser Forderung ausdrücklich den Vorstellungen Jaurès' an, der zuvor die außerordentliche Bedeutung eines solchen Beschlusses hervorgehoben hatte. Denn – so Jaurès – die innen- und außenpolitisch reaktionäre Rüstungspolitik sowie die neuerliche Formierung der konservativen Interessen in der *Fédération des Gauches* zwängen die Sozialisten zu einer entschlossenen und absolut einheitlichen Frontstellung. Angesichts dieser Gefahren sei eine Politik des »sacro egoismo« unverantwortlich und dem Ansehen der SFIO in der Öffentlichkeit äußerst abträglich.

⁶⁵ Diese Interpretation basiert auf der Tatsache, daß die Kongresse mehrerer anderer Föd., die ansonsten der Resolution der Föd. Haute-Vienne zustimmten, in diesem einen Punkt »Präzisierungen« verlangten. So stellte der Kongreß der guesdistischen Föd. Gard fest, daß unter *abrogation* nur eine *abrogation immédiate* verstanden werden dürfe; die Föd. Somme wünschte, daß darunter eine Rückkehr zum Gesetz von 1905 »innerhalb der nächsten Legislaturperiode« zu verstehen sei; und die Föd. Aisne verlangte, diese Forderung dahingehend zu erweitern, daß im 2. Wahlgang kein Sozialist zugunsten eines Radikalen zurücktreten könne, der bei der parlamentarischen Entscheidung über die *Loi de Trois Ans* dem Regierungsprojekt zugestimmt habe.

Auch die übergroße Mehrzahl derjenigen Föderationen, die sich nicht explizit die Resolution der Föderation Haute-Vienne zu eigen machten, beschlossen Minimalprogramme im Hinblick auf die Wahlen. In diesen wurde durchweg die Absage an die *Loi de Trois Ans* als Hauptforderung genannt. Mehrere Föderationen verzichteten sogar darauf, weitere »minimale« Anforderungen zu stellen.⁶⁶

Im Unterschied zu dieser materialen Festlegung scheint die Frage, welche Institution über eventuelle *désistements* im zweiten Wahlgang zu befinden habe, äußerst kontrovers diskutiert worden zu sein.⁶⁷ Bei aller Bereitschaft, ein »Minimalprogramm« zu akzeptieren, war nur ein kleiner Teil der Föderationen bereit, auf ihre traditionelle Entscheidungsfreiheit zu verzichten. Lediglich die Föderationen Seine, Seine-Inf. und Jura waren bereit, diese Kompetenz vollständig an die CAP zu delegieren. Mehrere Föderationen klammerten in ihren Resolutionen diese Frage aus;⁶⁸ andere beharrten ausdrücklich auf ihrer Entscheidungsfreiheit, die durch keine zentralen Institutionen anzutasten sei.⁶⁹ Wie noch darzustellen sein wird, hegten die Guesdisten die Hoffnung, diesen organisationspolitischen Dissens nutzen zu können, um dem jaressistischen Kurs gegenzusteuern. Tatsächlich sollte die Tatsache, daß die Entscheidungsfreiheit der Föderationen nicht beschnitten wurde, bei den Wahlen von 1914 dazu führen, daß es nicht in dem Maße zu einer durchgängigen Kooperation von Sozialisten und linken Republikanern kam, wie Jaurès und seine Anhänger erhofft hatten.

Die Meinungs- und Willensbildung innerhalb der SFIO war mit dieser Serie von vorbereitenden Kongressen im wesentlichen abgeschlossen. Deshalb kann hier auf eine ausführliche Schilderung der Diskussion auf dem Kongreß von Amiens verzichtet werden.⁷⁰ Auffallend ist jedoch, daß es auf dem Kongreß der Gesamtpartei trotz der weitgehenden sachlichen Übereinstimmung in den Resolutionen der einzelnen Föderationen zu einer z. T. äußerst erregten Auseinandersetzung zwischen Guesdisten und Jaressisten kam. Die Sprecher guesdistischer Gruppen versuchten offen-

⁶⁶ So insbes. die Föd. Seine, Var, Basses-Alpes, Somme, Seine-et-Oise, Jura, Aisne.

⁶⁷ Leider geben die zusammenfassenden Berichte der *Humanité* zu einer exakten Darstellung dieser Kontroversen keine hinreichende Quelle ab. Die entspr. départementalen Zeitungen konnten nicht ausgewertet werden.

⁶⁸ Tarn, Somme, Seine-et-Oise, Pas de Calais, Rhône, Finistère.

⁶⁹ Nord, Basses-Alpes, Haute-Garonne, Nièvre; hervorzuheben ist die Resolution der Föd. Nord, der Hauptbastion des Guesdismus: die Partei müsse sich bemühen, das Unbehagen der breiten Massen für sich auszunutzen: *Le Parti par ses Fédérations aura à prendre les mesures et l'attitude que lui dictera son intérêt présent et futur ...*

⁷⁰ Soweit nichts anderes angemerkt, basieren die folgenden Ausführungen auf den täglichen Diskussions-Protokollen der *Humanité*, 26.–29. 1. 1914. Der off. Kongreßbericht stimmt inhaltlich – nicht aber wörtlich! – hiermit überein: vgl. Parti Socialiste (SFIO): 11^{ème} Congrès national tenu à Amiens, 25–28 janvier 1914, Paris 1914 (Ndr. 1976).

sichtlich, die um die Einheit der Partei besorgten Jauréssisten durch äußerst intransigente Forderungen zu Konzessionen zu zwingen. Gleich zu Beginn der Diskussion erhob Compère-Morel die Forderung, daß die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Föderationen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten sei. Er begründete dies ausdrücklich mit dem Argument, daß auf diese Weise jegliche »Verhandlung« mit der bürgerlichen Linken ausgeschlossen werden solle. Delory und Lebas – Sprecher der Föderation Nord – erklärten ihre Bereitschaft, sogar »troisannistische« Kandidaten zu unterstützen, wenn lokale Gründe dafür sprächen; ein anderer prominenter Guesdist, Bracke, lehnte das Prinzip einer »republikanischen Disziplin« gegenüber »reaktionären« Kandidaten mit der ur-guesdistischen Begründung ab:

*Ne parlons pas de voix réactionnaires pour un parti comme le nôtre qui n'a jamais devant lui que des adversaires.*⁷¹

Trotz des offensichtlichen Übergewichts der Jaurés'schen Position während der Kongreßdebatte bereitete die Abfassung der Schlußresolution, die als Wahlmanifest der SFIO veröffentlicht werden sollte, angesichts solcher Widerstände erhebliche Schwierigkeiten. Denn hinter den Kulissen kämpften die Guesdisten verbissen um die Durchsetzung ihrer Prinzipien. Guesde selber scheint allerdings von vornherein resigniert zu haben. Er nahm, angeblich aus »Krankheitsgründen«, an dem Kongreß nicht teil. In Wirklichkeit jedoch blieb Guesde auf Anraten Lavignes dem Kongreß fern, um nicht für einen Beschluß mitverantwortlich zu werden, der aller Voraussicht nach ein »unvermeidliches Übel« darstellen werde.⁷² An Guesdes Stelle kämpfte Compère-Morel in der *Commission de Résolution* gegen eine zu eindeutig jauréssistische Ausrichtung der Schlußresolution. Dabei drohte er offen, daß er sich nicht mehr an den Arbeiten der Kommission beteiligen würde, sollte den guesdistischen Wünschen und Bedenken nicht nachgegeben werden.⁷³ Eine Sezession der Guesdisten hätte aber zu diesem Zeitpunkt zu einer regelrechten Spaltung der Partei führen können, welche ja bereits vor dem Kongreß innerhalb des engeren Führungskreises der Guesdisten ernsthaft erwogen worden war.

Es ist allein Jaurés' Bestreben, die Einheit der Partei unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, zuzuschreiben, daß in die Schlußresolution auch Passagen aufgenommen wurden, die in einem gewissen Widerspruch

⁷¹ Zit. nach *Humanité*, 28. 1. 14; ähnlich: 11^{ème} Congrès national . . ., S. 382.

⁷² Lavigne an Dazet (Kopie z. Hd. Guesdes), 6. 3. 14, in: IISG, NL Guesde 450/1; vgl. auch ebd., 449/1: Corgeron an Guesde, 7. 2. 14.

⁷³ Einzige Quelle zur Debatte dieser Kommission ist der Bericht »M.572.U.« (»Les Débats de la Sous-Commission de Résolution«) in: A. N. F 7/13072.

zur Meinung der Mehrheit standen. So forderte Compère-Morel ultimativ, daß im Wahlmanifest der Partei nicht nur der »Briandismus«, sondern gleichermaßen auch der »Caillautismus« als Gegner des Sozialismus zu bezeichnen seien, d. h. die »Vereinigten Radikalen« genau so wie die Anhänger der liberal-konservativen *Fédération des Gauches*. Sembat hingegen beharrte auf dem Standpunkt, daß die Sozialisten, die ja »lieber auf einem lahmen Pferd als auf einem blinden« reiten wollten, unter den gegebenen innenpolitischen Umständen allein den »Briandismus« zu bekämpfen hätten. Aufgrund der Vermittlung Jaurès', der selber ebenfalls der Überzeugung Ausdruck gab, daß es unvertretbar sei, den Wahlkampf auch gegen die »Vereinigten Radikalen« auszurichten, wurde in die Resolution die Formulierung aufgenommen, daß alle bürgerlichen Parteien, auch der *radicalisme défaillant*, »in verschiedenen Formen und mit verschiedenen Anteilen« am Aufkommen des imperialistischen und nationalistischen Militarismus schuldig seien. Guesde interpretierte in einem späteren Kommentar diese Formulierungen dahingehend, daß sie die unversöhnliche Opposition der SFIO gegen »alle Parteien der Bourgeoisie« dokumentierten, auch gegen den »Radikalismus von Pau«. ⁷⁴ Dabei »übersah« er allerdings, daß in der Resolution trotz dieser Konzession hauptsächlich der »Briandismus« angeprangert wurde. Dieser wurde als »Vater der *Loi de Trois Ans*« bezeichnet, als »feiger Komplize des rückschrittlichsten Militarismus«, als »Parodie politischer Organisation, die alle verschleierte und gegen die Demokratie und das Proletariat verschworenen Reaktionen in einem Kartell zusammenfaßt«.

Die Aussagen der Resolution von Amiens zu Wahltaktik und -Allianzen waren – was ihre materialen Bestimmungen angeht – ebenso eindeutig. Als einziges Kriterium für eventuelle »*désistements*« wurde »die Kraft und die Klarheit« des Kampfes des jeweiligen nicht-sozialistischen Kandidaten

contre les trois ans, contre la guerre, contre le chauvinisme, contre la coalition militaire et cléricale

genannt. ⁷⁵ Gegen Jaurès und Sembat, die sogar forderten, daß allein diese inhaltliche Bestimmung Kriterium für das Verhalten der Sozialisten im

⁷⁴ *Socialisme et lutte de classe*, No. 3 (1.–15. 2. 14).

⁷⁵ Dieser Satz könnte – für sich gesehen – den Eindruck der Vorrangigkeit eines außenpolitisch-pazifistischen Bekenntnisses erwecken. Die gesamte Resolution – genau wie die Kongreß-Debatte selber – ist aber geeignet, diesen Eindruck entscheidend zu relativieren. Am Militarismus wird im 1. Teil der Resolution ausschließlich die innenpolitische Dimension kritisiert: er behindert die Produktion, bringt für das Proletariat »tödliche« Steuererhöhungen mit sich, verhindert die Durchführung sozialer Reformen und »frißt« das Geld, welches die Nation dringender zur Entwicklung ihrer produktiven Kräfte bräuchte. Als einziges außenpolitisches Ziel nennt die Resolution – in einem Nebensatz – das *rapprochement franco-allemand*.

zweiten Wahlgang sein dürfte, setzte Compère-Morel allerdings die Einschränkung durch, daß ein sozialistischer Kandidat nur dann zugunsten eines bürgerlichen Kandidaten zurücktreten könne, wenn im zweiten Wahlgang keine *chances directes de victoire* bestünden. Auch die Forderung der Guesdisten, daß die »Entscheidungsfreiheit« der Föderationen gemäß der Resolution von 1905 aufrechtzuerhalten sei, hatte Erfolg. Diese Freiheit wurde formell nur durch die Maßgabe eingeschränkt, daß die CAP eine Föderation, deren Entscheidung klar gegen die inhaltlichen Festlegungen der Resolution von Amiens verstieß, öffentlich zur Ordnung rufen sollte. In gewisser Weise bedeutete dies eine Einschränkung der von Jaurès in einem ersten Resolutionsentwurf vorgeschlagenen Block-Taktik, derzufolge die Sozialisten ohne Rücksicht auf ihre eigenen *chances directes de victoire* ihre Unterstützung von vornherein all denjenigen Kandidaten der Radikalen Partei offen zusichern sollten, die für eine Abschaffung der *Loi de Trois Ans* einträten.⁷⁶

Trotz dieser Einschränkung war die Kongreßresolution im wesentlichen als Bestätigung der Jaurès'schen Position anzusehen, da die Politik der SFIO fast vollständig auf den Kampf gegen die *Loi de Trois Ans* und den »Briandismus« ausgerichtet wurde. Guesde jedoch erklärte öffentlich, daß die Resolution seine eigenen Prinzipien grundsätzlich bestätigt habe und daß die inhaltlichen Festlegungen insofern unerheblich seien, als sie ja der Entscheidungsfreiheit der einzelnen Föderationen untergeordnet blieben.⁷⁷ Von einigen Freunden wurde dies als unangemessene »Euphorie« kritisiert.⁷⁸ In der Anti-Kritik Lavignes spiegelt sich indes die Hoffnung, daß es gelingen könne, die Föderationen dahingehend zu beeinflussen, daß sie tatsächlich gemäß dem Wortlaut der Resolution von Amiens die »verschiedensten« Haltungen einnehmen könnten, im Sinne eines *égoïsme voulu et avoué de Parti* – was im übrigen nicht ausschloß, daß Sozialisten mit »aufrechten und logischen« Radikalen gegen die »Renegaten« zusammenarbeiteten.⁷⁹

In den Monaten Februar bis April 1914 war die Parlamentsfraktion der SFIO offensichtlich bemüht, einerseits ihre Unabhängigkeit gegenüber der neuen Regierung, die das Wehrgesetz nicht schlankweg abschaffen wollte, zu betonen, andererseits aber doch keinen unüberwindbaren Graben zu schaffen. Aus diesem Grund wohl verlagerte sie die Kampagne stärker auf die »sozialen« Aspekte des Wehrproblems, wohingegen bislang mehr die politisch reaktionären Implikationen im Zentrum der Polemik gestanden hatten. So eröffnete die »Humanité« ab Februar 1914

⁷⁶ A. N. F 7/13072, Bericht »M.572.U.«.

⁷⁷ Wie Anm. 73; ähnlich ein Kommentar Paul Faures (ebd. S. 84).

⁷⁸ Dazet an Lavigne, in: IISG, NL Guesde, 449/5.

⁷⁹ Lavigne an Dazet, 6. 3. 14, in: IISG, NL Guesde, 450/1.

eine großangelegte Kampagne gegen die *casernes de la mort*, nachdem in einigen Kasernen, deren Räumlichkeiten und hygienische Einrichtungen für den Zuzug von zwei zusätzlichen Rekrutenklassen⁸⁰ vollständig unzureichend waren, Epidemien ausgebrochen waren. Insgesamt forderten diese Epidemien mehr als 300 Tote! Das Thema eignete sich insofern besonders für die Kampagne der Sozialisten, als sich hiermit sowohl Zorn und Betroffenheit der Bevölkerung in sozialistische Wahlerfolge umsetzen ließen, als auch eine Fortsetzung des erbitterten Protestes gegen das »verbrecherische« Wehrgesetz, ohne indes die Radikalen und die von ihnen gestellte Regierung anzugreifen. Denn diese waren ja – das räumten die Sozialisten bereitwillig ein⁸¹ – am wenigsten verantwortlich für die mangelnde Vorsorge der auf die Mitte und Rechte gestützten Regierung des Jahres 1913. Überdies leitete die neue Regierung sofort energische Schritte ein, um die Mißstände zu beheben.

Es ist aber festzustellen, daß eben diese Taktik – die im begrenzten parlamentarischen Rahmen erfolgreich sein konnte – keineswegs den gewünschten Effekt hatte. Zunächst war es ein exogenes Ereignis, das die informelle Zusammenarbeit empfindlich störte, nämlich die berüchtigte Affäre Calmette/Caillaux, d. h. die Ermordung des Chefredakteurs des konservativen »Figaro«, Gaston Calmette, durch Caillaux' Ehefrau, nachdem Calmette begonnen hatte, Stücke aus der intimen Korrespondenz Caillaux' sowie politische Schriftstücke, die auf eine mangelnde Integrität dieses Politikers schließen ließen, zu veröffentlichen.⁸² Nach der Ermordung Calmettes und dem daraufhin erfolgenden Rücktritt Caillaux' wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß unter Vorsitz von Jaurès eingesetzt. Dieser kam zu dem Schluß, daß Caillaux, genau so wie andere Politiker der bürgerlichen Linken und Mitte, insbesondere Briand und Barthou, sich des *plus déplorable abus d'influence* schuldig gemacht habe, was natürlich eine künftige Zusammenarbeit dieses Politikers mit der sozialistischen Linken ungemein erschweren mußte.⁸³ Vom guesdistischen Standpunkt aus war dies eine besonders glückliche Entwicklung der Dinge:

⁸⁰ Durch die Annahme eines *Amendement Escudier* bei der Debatte um die *Loi de Trois Ans* war die von der Regierung ursprünglich geplante retroaktive Wirkung des Gesetzes verhindert worden. Dafür rückten im Herbst/Winter 1913 zwei Rekrutenjahrgänge gleichzeitig ein!

⁸¹ Vgl. *Humanité* 16. 2., 21. 2., 24. 2. 1914.

⁸² Vgl. die sehr parteiische – leider bislang einzige – Darstellung bei BONNEFOUS, *Histoire politique de la III. République*, Bd. 1, S. 389–404.

⁸³ BONNEFOUS, ebd., erwähnt nicht, daß sich der Tadel auch auf Briand und Barthou erstreckte! Zu deren Aktivitäten und den quellenmäßigen Nachweis, daß diese beiden Politiker Calmette das *Document Fabre* zuspielden, was Barthou vor dem Untersuchungsausschuß unter Eid abstritt, vgl. die in Anm. 14 gen. Arbeit des Verf.

... on ne peut que se féliciter de cette chute de Caillaux qui libère le parti et le rend à lui-même.⁸⁴

Tatsächlich kann u. a. aufgrund dieser Entwicklung keineswegs von einer durchgängigen »Block«-Politik der SFIO bei den Wahlen von 1914 die Rede sein.⁸⁵ Trotz dringlicher Mahnungen der Parteiführung waren die Föderationen keineswegs durchgehend bereit, deren Block-Taktik zu folgen. Dies umso mehr, als die Parteiführung im Widerspruch zur Resolution des Kongresses vom Amiens nunmehr den Block-Gedanken im Hinblick auf die Wahlen erheblich ausweiten wollte: Nicht mehr allein solche Republikaner sollten unterstützt werden, die sich gegen die *Loi de Trois Ans* ausgesprochen hatten, sondern auch solche, die nicht willens waren, einer sofortigen Abschaffung des Wehrgesetzes zuzustimmen, sofern sie nur ansonsten fortschrittliche Ideen hätten.⁸⁶ Betrachtet man die effektiv erfolgten Wahlabsprachen in all denjenigen Wahlkreisen, in denen mangels absoluter Mehrheit ein 2. Wahlgang erforderlich war und in denen es im 1. Wahlgang eine Konkurrenz zwischen SFIO und Radikalen gegeben hatte, so ergibt sich, daß zwar in 71 Wahlkreisen tatsächlich der SFIO-Kandidat zugunsten des Radikalen zurücktrat, daß aber in 25 Wahlkreisen die Kandidatur ausdrücklich aufrechterhalten wurde und in weiteren 25 ein Rückzug der SFIO wegen offenkundiger Aussichtslosigkeit erfolgte, ohne die Empfehlung, den Radikalen zu wählen (*retrait pur et simple*).⁸⁷ Die geläufige Ansicht, bei den Wahlen von 1914 sei es zu einer extremen Polarisierung zwischen den in sich gefestigten »linken« und »rechten« Blöcken gekommen, ist allein schon aufgrund der Defizienz des linken Blocks in dieser Form nicht haltbar.

Auch die innenpolitisch extrem bewegte Zeitspanne von den Wahlen bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges – zwei Regierungswechsel sowie das Scheitern einer Regierungsbildung – führten nicht dazu, die Gemeinsamkeit der beiden Linksparteien zu festigen. Der von vielen Zeitgenossen als Katastrophe empfundene Zuwachs der SFIO (102 Sitze gegenüber 75 bei den Wahlen von 1910) festigte deren Selbstbewußtsein und Intransigenz erheblich. Gleichzeitig bemerkten die *radicaux unifiés*, die trotz gewisser Rückschläge die stärkste Fraktion des Parlaments bildeten, daß

⁸⁴ IISG, NL Guesde 450/3: Bonnier an Guesde, 24. 3. 14.

⁸⁵ Anders GOGUEL, *La Politique des Partis*, S. 145; G. BOURGIN/CARRÈRE/A. GUÉRIN, *Manuel des Partis Politiques*, Paris 1928 (2. Aufl.), S. 12; J. J. CHEVALLIER, *Histoire des Institutions Politiques de la France moderne*, Paris 1958, S. 528 f.

⁸⁶ Vgl. die Auseinandersetzung Jaurès' mit der Section SFIO des XIV^{ème} arr. Paris, *Humanité*, 5./6. 5. 14; ebd. 29. 4. Leitartikel Sembat; ebd. 1. 5. Aufruf der *Commission Administrative Permanente*, nur nicht zugunsten solcher Kandidaten zurückzutreten, die »besondere Schuld« an dem Wehrgesetz hätten.

⁸⁷ Diese Feststellung nach den täglichen Berichten in *Le Temps*, *Le Radical* und *L'Humanité* über bekanntgewordene Absprachen in den einzelnen Wahlkreisen.

sie bei dilatorischer Behandlung der Wehrfrage, was vielen von ihnen auch sachlich angebracht zu sein schien, genügend zentristische Elemente in ihr Lager ziehen konnten, um auch ohne die SFIO als »Regierungspartei« fungieren zu können.⁸⁸

Am Vorabend des 1. Weltkriegs war Frankreich somit von der Errichtung eines parlamentarischen Linksblocks weit entfernt. Dem »unabhängigen Sozialisten« R. Viviani gelang nach großen Schwierigkeiten die Bildung einer auf die bürgerliche Linke und die linke Mitte gestützten Regierung – gegen die Stimme der SFIO! Zwar hielt Jaurès die Hoffnung aufrecht, daß das »teuflische Kalkül« des Präsidenten der Republik, der gegen den Wählerwillen ein »troisannistisches« Kabinett gebildet habe, um die SFIO von der *majorité républicaine* der Kammer zu trennen, langfristig zum Scheitern verurteilt sei.⁸⁹ Für den Augenblick jedenfalls – aber dieses war der letzte »Augenblick« des Vorkriegsfrankreich! – konnten die Guesdisten ihre Grundannahme als bestätigt ansehen, daß der bürgerliche Staat nur der Staat der Bourgeoisie sei: *Plus ça change plus c'est la même chose*.⁹⁰

Das »Linksblock«-Konzept der reformistischen Sozialisten war somit unmittelbar vor Beginn des 1. Weltkrieges »vorerst« gescheitert. Aber auch das Gegenkonzept, die Bildung eines »proletarischen« Blocks, wie ihn die Guesdisten erhofften, erwies sich nicht als eine durchführbare Alternative. Wenn in der historischen Forschung so häufig nach den Gründen des »Versagens«, der »Umkehr« u. a. m. des revolutionären Syndikalismus angesichts der Kriegsdrohung gefragt worden ist,⁹¹ so ist auffällig, daß die vorgängige Entwicklung des Syndikalismus in und durch die Anti-Rüstungskampagne bislang kaum in die Untersuchung einbezogen worden ist.⁹² In diesem Zusammenhang sei hier die These ge-

⁸⁸ Dies insbes. gegen Goguels Interpretation der Bedeutung der Abstimmung über die Regierungserklärung Ribots (vgl. F. GOGUEL, *Géographie des Elections Françaises*, Paris 1970 (2. Aufl.), S. 44/5; Goguel übersieht bei seiner Block-Theorie, die sich insbes. auf diese Abstimmung stützt, daß nur wenige Stunden später eine »inhaltliche« Abstimmung stattfand (»ordre du jour Dalimier/Puech«), in der die SFIO – auch für die nähere Zukunft – isoliert gegen die bürgerl. Linke und Mitte stand.

⁸⁹ *Humanité*, 14. 6.; vgl. hingegen Corgeron an Guesde, 20. 6. 14: *La situation du parti à la Chambre reste bonne, nous avons grâce à Poincaré évité le ministère Combes qui aurait eu comme résultat de divisé (sic!) le groupe sur bien des votes.* (IISG, NL Guesde, 453/3).

⁹⁰ So Compère-Morel, *Humanité*, 14. 6.; vgl. ebd. 16. 6., CACHIN: die SFIO sei in ihre »rôle logique« als Opposition zurückgekehrt.

⁹¹ Vgl. hierzu die neue Arbeit von H. GROSSHEIM, *Sozialisten in der Verantwortung. Die französischen Sozialisten und Gewerkschafter im 1. Weltkrieg 1914–1918*, Bonn 1978, S. 13–20.

⁹² Paradigma einer Umfall-These, die auf einer mangelnden Berücksichtigung der tatsächlichen Entwicklung der Jahre 1911–1914 beruht, ist A. KRIEDEL, *Patrie ou Révolution: Le mouvement ouvrier français devant la Guerre*, in: *Revue d'histoire économique et sociale* 43 (1965), S. 363–386.

äußert, daß die ohnehin seit der Periode der schweren sozialen Spannungen in den Jahren 1906 bis 1910 rückläufige Entwicklung des revolutionären Syndikalismus durch den Mißerfolg der »ouvrieristischen« Kampagne gegen die Verlängerung der Dienstpflicht sowie durch die repressive Politik der Regierung Barthou nach den Soldatenunruhen vom Mai 1913 beschleunigt wurde und im Sommer/Herbst 1913 in eine offen revisionistische Wende überging. Dies deutete sich auf dem Jahreskongreß der CGT (Juli 1913) sowie auf verschiedenen Kongressen einzelner Syndikate und Syndikats-Vereinigungen an⁹³ und erwies sich in der fast vollständigen Abstinenz der CGT von den politischen Hauptfragen (Wehrfrage und Steuerreformfrage) bis hin zum Juli 1914.

Unter Beachtung dieser Entwicklung verliert die Frage nach den Gründen für die vermeintlich plötzliche »Umkehr« der CGT in die *Union Sacrée* an Relevanz. Sicherlich gab es auch weiterhin intransigente und »revolutionäre« Gruppen, wie etwa die *Bataille Syndicaliste*. Es ist indes vollständig zu Recht jüngst darauf hingewiesen worden, daß beispielsweise die berühmte Straßendemonstration der CGT vom 27. Juli 1914, die als ein Indiz für die revolutionäre Entschlossenheit der Gewerkschaftsführung noch zu diesem Zeitpunkt galt, in Wirklichkeit allein von der *Bataille Syndicaliste* initiiert war und von der Gewerkschaftsführung abgelehnt wurde.⁹⁴ Diese anti-politische Entwicklung der CGT machte einen »proletarischen Block«, wie die Guesdisten – und mit ihnen Lenin – erhofften, ebenso unmöglich, wie der Wunsch der »Jauressisten« nach Errichtung eines »republikanischen Blocks« nicht in Erfüllung gegangen war.

Die französische Innenpolitik war somit gekennzeichnet durch einen Mangel an »Blockierungs«-Mechanismen, was letztlich einem Fehlen gesellschaftlicher »Polarität« zuzuschreiben sein dürfte, im Gegensatz zu den eingangs erwähnten Thesen A. Mayers.⁹⁵ Und es war eben dieser Mangel an gesellschaftlicher Blockierung, die es der politischen Führung

⁹³ Vgl. insbes.: Conférence ordinaire des Fédérations nationales et des Bourses du Travail . . ., Paris 1914; Dieses Protokoll ist aber sichtlich »gereinigt« und militanter gehalten als die in der *Bataille Syndicaliste*, 16. 7. 13 veröff. Wortprotokolle, die ihrerseits weitgehend mit einem Bericht eines Polizeibeobachters übereinstimmen: vgl. A. N., F 7/13583, Doss. 4, Bericht M.8087. vgl. auch u. a. *Bataille Syndicaliste*, 11. 9. 13 und 26. 4. 14.

⁹⁴ So GROSSHEIM, S. 38 f.; ebd. Auseinandersetzung mit den »Umfall«-Thesen Kriegels und anderer Autoren.

⁹⁵ Hier dürfte ein wichtiger Unterschied zu der innenpolitischen Situation des Wilhelminischen Deutschland liegen. Vgl. hierzu die Überlegungen von G. Schmidt, gerade anhand des Zusammenhangs von »Blockbildung« und »Blockierung«: G. SCHMIDT, Innenpolitische Blockbildungen in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B.20/72 (13. 5. 72).

ermöglichte, ihr außen- und allianzpolitisches Kalkül in der Juli-Krise von 1914 durchzuführen, ohne die Gegenaktion politischer Gruppen von irgendwie relevanter Größe befürchten zu müssen.⁹⁶ Die *Union Sacrée* des August 1914 wäre ihrerseits vielleicht ohne die Gewißheit der Bevölkerung und der politischen Gruppen, daß das Vaterland schuldloses Opfer eines deutschen Überfalls geworden sei, nicht zustande gekommen; wirklich – und erklärbar! – geworden ist sie indes nur unter Berücksichtigung der Tatsache, daß alle Versuche, die französische Gesellschaft politisch zu »polarisieren«, schon vorher gescheitert waren.

⁹⁶ Eine ähnlich lautende These bei WEBER, *Nationalist Revival*, S. 14 u. 160. Weber geht allerdings davon aus, daß es im Lande wohl eine eindeutige Polarität gegeben habe; allein aufgrund des inkohärenten Verhaltens der rad. Abgeordneten sei es der nationalist. Führung möglich geblieben, »to act on their views«.